

EDITORIAL

Seit etwas mehr als einem Jahr mischt die DISSIDENTEN-Fraktion den Stadtrat in Dresden auf. Gegründet von zwei ehemals fraktionslosen Stadträten, die über die Listen der Piratenpartei und der Partei Die PARTEI 2019 in den Stadtrat eingezogen sowie zwei Urgesteinen der GRÜNEN haben sich die vier Männer (alte weiße, versteht sich) auf die Fahnen geschrieben, die festgefahrenen Strukturen im sogenannten „linken Lager“ aufzubrechen. Kompromisse stehen am Ende des politischen Prozesses, wenn es darum geht, Mehrheiten zu bilden. Am Anfang steht aber Klarheit und Wahrheit, eine glasklare Analyse und Denkanstöße für eine bessere Kommunalpolitik.

Zu diesem Anspruch gehört auch Kommunikation. Waren die DISSIDENTEN bisher bevorzugt in den Sozialen Medien online aktiv, legen wir jetzt mit DISSIDENZ ein Periodikum vor, mit dem wir monatlich über die Dresdner Kommunalpolitik berichten wollen. Zumindest wollen wir Themen, mit denen sich der Stadtrat beschäftigt, anreißen und zur Diskussion einladen.

DISSIDENZ ist ein Marktplatz, ein Lautsprecher für Ideen und Kritik, der Versuch, mehr Transparenz in zu wagen. Wir sind uns bewusst, dass wir bei diesem Versuch nur einen kleinen Schritt leisten können. Die gedruckte Ausgabe ist gleichzeitig ein Angebot, Kommentare, Anregungen und Kritik im Forum auf unserer Webseite dissidenten-fraktion.de zu posten.

Viel Spass beim Lesen wünscht die

Redaktion von DISSIDENZ



Dirk Hilbert und die unerträgliche Leichtigkeit der Demokratie

DUNKEL UND KALT

Energiearmut, Strom sparen, Stromsperren

Als Ute B. versucht ihren Wasserkocher in Betrieb zu nehmen, geistert ihr Artikel 1 des Grundgesetzes durch den Kopf: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Denn der Wasserkocher von Ute B. funktioniert nicht, auch der Warmwasserboiler ist aus, der Elektroherd, der Kühlschrank, das Licht. Offenbar ist ihre Würde nicht definiert durch die Unantastbarkeit ihres Morgenkaffees. Oder die Möglichkeit, Lebensmittel zu kühlen. Oder am Abend das Licht anzumachen. Ute B. durchsucht ihren Stapel an Mahnungen und Briefen, die sie aus Angst seit Monaten nicht anrührt. Auffällig viele Briefe der SachsenEnergie sind darunter. Sie geht die Briefe durch und entdeckt, dass ihr der Stromversorger den Strom abgestellt hat.

Sie wird in diesem Winter nicht die letzte in Dresden sein, die von einer solchen Stromsperrung betroffen ist. Laut dem letzten Monitoringbericht der Bundesnetzagentur gab es 2020 rund 230.000 Stromsperren in Deutschland, davon entfielen 1.297 auf die Stadt Dresden. Deutlich mehr dieser Sperrungen wurden angedroht, bundesweit erhielten insgesamt 4,2 Millionen Haushalte eine solche letzte Mahnung. Auch die Zahl der Gassperren war zwar in den letzten Jahren auf „nur“ 31.000 gesunken, doch die Heizzeit und die Gaspreisexplosion drohen auch in diesem Bereich. Die Zahlen werden diesen Winter deutlich ansteigen. Das bedeutet für viele Haushalte im Extremfall ohne Strom und ohne Heizung leben zu müssen. Doch warum sind solche Sperrungen überhaupt erlaubt?

Energiesperren finden trotz der angespannten Lage bei den sozial Benachteiligten immer noch ihre Fürsprecherinnen. So ist ein Expertengremium des Verbandes kommunaler Unternehmen der Ansicht, man müsse die Sperre als „Ultima Ratio“ beibehalten, sonst würden Mehrkosten auf andere, auch einkommensschwache Verbraucher umgelegt werden. Sie schieben die Verantwortung auf den Staat, dessen „originäre Aufgabe“ die Energieversorgung sei. Die Meinung „des Staates“ geht auseinander. Im dritten Entlastungspaket der Bundesregierung war eine generelle Aussetzung der Energiesperren nicht enthalten. Während die Verbraucherschutzministerin Lemke (Grüne) ein solches Moratorium ins Spiel brachte, sprach ihr Ministerkollege Buschmann (FDP) sich dagegen aus. Seiner Meinung nach könnten Menschen davon „profitieren“, die eigentlich finanziell in der Lage wären, ihre Rechnungen zu bezahlen. Will der Justizminister von der wirtschaftsliberalen Partei hier womöglich verhindern, dass die Entscheidung nicht mehr rückgängig gemacht werden kann? Dass niemandem der Strom oder die Heizung abgedreht wird, egal wie tief er oder sie bei den Grundversorgern (nur sie können diese Sperren durchführen) in der Kreide steht, könnte durchaus Konsens sein. Denn Menschenwürde definiert sich eben doch auch über menschenwürdige Wohnverhältnisse und die Möglichkeit am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

Die Frage nach dem Moratorium für Energiesperren war im Stadtrat Dresden bereits

im Mai Thema. Damals wurde der Antrag von DISSIDENTEN, Grünen, Linken und SPD mit 34:35 Stimmen abgelehnt – die entscheidende Stimme, die am Ende zur Ablehnung führte, war wie so oft: Dirk Hilbert. Nun haben die DISSIDENTEN einen Eilantrag eingebracht, der am 6. Oktober in der Stadtratsitzung behandelt wurde. Darin ist der Fokus noch einmal erweitert, es geht nicht mehr „nur“ um Strom- sondern insgesamt Energiesperren – also Strom und Gas. Als zweite Forderung wollen die DISSIDENTEN einen Nothilfefonds einrichten, der es Menschen in Geldnot ermöglicht unkompliziert (z.B. zinslose Darlehen von der Sparkasse) zu erhalten, falls sie ihre Energierechnungen nicht alleine stemmen können. Das Credo lautet auch hier: Niemand soll im Winter frieren müssen oder im Dunklen sitzen. Denn die DISSIDENTEN meinen, Energiearmut zu verhindern ist Teil kommunaler Daseinsvorsorge.

Ein echter Erfolg für die DISSIDENTEN: In besagter Oktobersitzung des Stadtrates kam es zur Abstimmung über den Antrag und die Mehrheit des Rates stimmte dem Vorschlag zu. Damit sind Energiesperren untersagt und Darlehen für Energiekosten möglich. Ein wirkungsvoller Beitrag, damit es in Dresdner Haushalten diesen Winter nicht doch dunkel und kalt wird.



Link zum Antrag:



DRESDNER BÜRGERMEISTER-SCHIESSEN

Ein Kommentar von Max Aschenbach

Der frisch wiedergewählte Oberbürgermeister hat nach seinem überragenden Wahlsieg (18,7% der Wahlberechtigten) Oberwasser und nutzt das Recht den vom Stadtrat gewählten Beigeordneten sein Einvernehmen zu verweigern, um die Dresdner Verwaltungsspitze nach seinem Dünken zu verändern. Mehr FDP und weniger „links“ soll's sein. Der Stadtrat könnte den Oberbürger zwar mit einer 2/3-Mehrheit überstimmen, doch an dieser mangelt's. Zu spinnefeind sind sich die Fraktionen der „Bürgermeisterkoalition“ untereinander. Was will man auch erwarten, von eine Bündnis aus einer zwischen Rechtsdrall und konservierender Verstocktheit zerrütteten CDU, den konsequent durch haarsträubende Inkompetenz auffälligen

Grünen, einer seit Beginn der Wahlperiode zutiefst gespaltenen LINKEN Zombiefraktion unter der Ägide verwirrt alternder Paschas und ein paar Sozen (keine besonderen Merkmale, staatstragend für jeden Mist zu haben) erwarten? Zurecht traut keiner keinem und so ist man aufgeregt um die eigenen Pöstchen besorgt. Jeder gibt jedem die Schuld am Versagen und so gackert's bis keiner's mehr hören mag. Bis endlich, wenn denn dann irgendwann Bürgermeister gewählt wurden, die Erleichterung ob dieser Leistung, so groß sein wird, dass keiner mehr Lust hat zu fragen, wer denn da nun für was genau gewählt wurde. Und Dick feixt.

STADTRATS SPLITTER

Im Rahmen der Aktuellen Stunde zum Thema *Versorgungssicherheit von DREWAG und SachsenEnergie durch Erneuerbare Energien wiederherstellen - Raus aus Putins Gas!* kam es am 15.09.22 in der Ratsversammlung zu einem denkwürdigen Ausspruch von Frank „Szene-Anwalt“ Hannig (Freie Wähler), gerichtet an die DISSIDENTEN-Fraktion:

„Sie ersetzen Ideologie durch Fakten!“

Dem können wir uns ausnahmsweise anschließen.



AUS DER KRISE OHNE WUMMS

Michael Schmelich über den Doppelhaushalt 2023/2024

Wenn es um öffentliche Ausgaben geht, haben wir uns mittlerweile an Wortkreationen wie „Bazooka“ oder „Doppelwumms“ gewöhnt. Dagegen wirkt ein Stadthaushalt, selbst wenn er ein Volumen von ca. 2 Milliarden Euro jährlich aufweist, wie ein Stadtmauerblümchen. Allerdings sind 2000 Millionen Euro für 2023 und ebenso viel für 2024 kein Pappenstiel. Vor allem höhere Erwartungen bei den Steuereinnahmen sollen die deutlichen Ausgabenerweiterungen rechtfertigen.

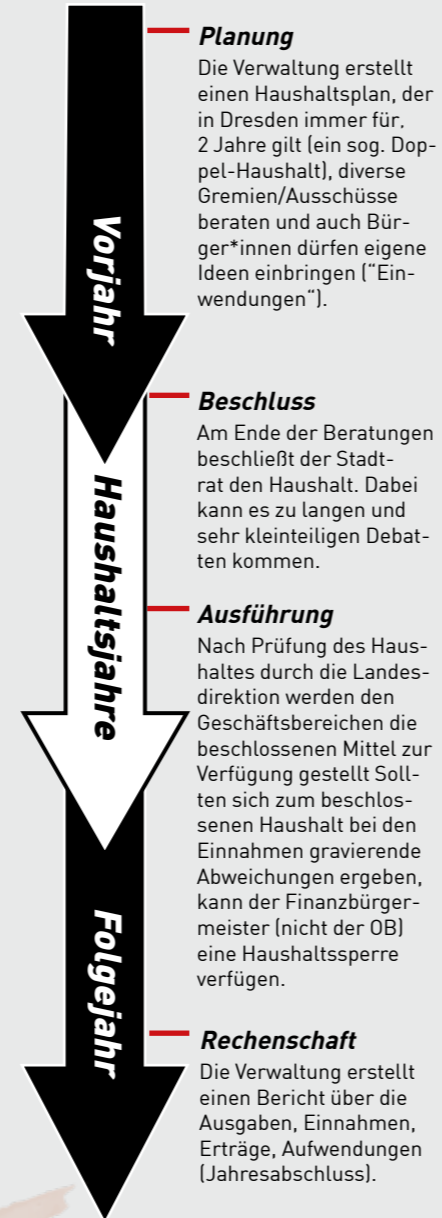
Damit wären wir auch schon beim ersten dicken Pferdefuß des Haushaltsentwurfes angekommen. Alle Zahlen basieren auf den Annahmen aus Mai 2022. Damals war die Welt zwar längst nicht mehr in Ordnung, aber die jetzt deutlich erkennbaren wirtschaftlichen Abschwächungen konnten nicht eingepreist werden. Vor allem bei der Gewerbesteuer dürfte die nächste Steuerschätzung im November deutliche Mindereinnahmen ausweisen. Auch bei den Kosten sind die dramatischen Energiekostensteigerungen und inflationsbedingte Personalausgaben nur ungenügend berücksichtigt. Noch vor Verabschiedung des Doppelhaushaltes könnte es auf diesen Gebieten im November ein böses Erwachen geben.

Unbeschadet dessen ruft der Haushalt nach deutlichen Nachbesserungen. Notwendige Finanzierungen aus dem Haushalt für die Kostensteigerungen und die Ausbaupläne der DVB sind nicht abgesichert, vor allem weil es bei den so genannten haushaltstragenden Fraktionen keine Einigung darüber gibt, ob durch Ausweitungen der Parkraumbewirtschaftung und Veränderungen bei den Anwohnerparkgebühren notwendige Einnahmeverbesserungen erzielt werden können. Eine Antwort, wie Dresden bis 2035 klimaneutral werden soll, findet sich in diesem Haushalt ebenfalls nicht. Der eingetretene Planungsstopp für den Sozialen Wohnungsbau der WID, der nur mit Haushaltsmitteln aufgelöst werden könnte, wird auch durch diesen Haushalt manifestiert. Auch in Teilen des Kulturretats sieht es finster aus. Durch Kürzungen bei Bibliotheken und auch der Soziokultur drohen deutliche Leistungseinschränkungen. Notwendige Personalstellen zur Bewältigung des eingetretenen Andrangs durch die Ausweitung des Wohngeldanspruches wurden vom Oberbürgermeister gestrichen. Überhaupt drückt der Haushaltsentwurf auch die Missachtung des Stadtrates durch OB Hilbert aus. So blieben die Beschlüsse, die zum letzten Haushalt gefasst wurden, fast vollständig unberücksichtigt.

Die Gretchenfrage wird aber fraglos sein: Wer soll eigentlich diesen Doppelhaushalt beschließen? Die zutiefst zerstrittenen Fraktionen der sogenannten Bürgermeister-Groko? Wie Haushaltsänderungen für mehr soziale und ökologische Schwerpunkte zwischen GRÜNEN, LINKEN, SPD sowie CDU und FDP gelingen sollen, ist angesichts des Beigeordneten-Chaos, das nicht nur der OB sondern auch besagte Stadtratsfraktionen angerichtet haben, ein Rätsel.

„DAS BISSCHEN HAUSHALT ...“

Das städtische Budget für 2023/24 beträgt über 2 Milliarden Euro pro Jahr, so viel wie noch nie. Doch wie verteilt sich dieser große Haufen Geld?



Die DISSIDENTEN-Fraktion hat dafür gestritten, dass die vielen hundert Seiten des Plans so abgefasst werden, dass sie zu verstehen sind. Dazu gehört die vollständige Maschinenlesbarkeit aber auch die Notwendigkeit, dass den Beratungsgremien in den Stadtteilen detailliert alle Vorhaben vorgelegt werden. Der HaushaltsplN 2023/2024 enthält zwar einige Verbesserungen der Transparenz, zufrieden sind wir allerdings noch nicht.

IMPRESSUM

Herausgeberin: Dissidenten Fraktion im Stadtrat Dresden

Kontakt: Rathaus, Raum 1/052
Dr.-Külz-Ring 19
01067 Dresden
Telefon: 0351 4881131
dissidenten-fraktion@dresden.de

Redaktion: Tom Rodig [V.i.S.d.P.], Michael Schmelich, Max Aschenbach

Gestaltung: Agentur Grafikladen

Produktion: Rathausdruckerei, 1000 Stück

Im Internet: www.dissidenten-fraktion.de

Bildnachweise: S. 1 Max Aschenbach, S. 2 Tom Rodig, S. 3 Chris Seifert

SPIELSTRASSEN AUF ZEIT

Straßen sind zum Spielen da. Zumindest die DISSIDENTEN sind der Meinung, dass Straßen insbesondere jenen gehören, die daran wohnen. Darum wandert seit August 2022 der Antrag „Anlieger*innen „Spielstraßen auf Zeit“ ermöglichen!“ durch Ausschüsse und Stadtbezirksbeiräte (SBR). Aber was genau ist damit gemeint? Die Stadt Hemer in NRW ist Vorbild für zeitweise (ein Tag oder Wochenende) gesperrte Straßen, die von Kindern zum Spielen, Skaten, Malen und Toben genutzt werden können. Ohne die Gefahren, die normaler Autoverkehr üblicherweise mit sich bringt. Die Bürger*innen können unkompliziert über ein Formular der Stadt eine solche Straßensperre beantragen. Rettungskräfte können natürlich passieren, auch soll nur mit Kreide auf die Straße gemalt werden. Für die Antragsstellenden sollen keine Gebühren anfallen. Ein guter Schritt um den hart umkämpften Verkehrsraum ein Stück weit zu befreien. Schon jetzt haben von den elf Stadtbezirksbeiräten sich fünf dafür ausgesprochen. Wenn die DISSIDENTEN Erfolg haben, können Dresdner Kinder womöglich schon ab Frühjahr 2023 die Straßen in Spielplätze verwandeln.

Link zum Antrag:



KEINE PROBERÄUME IN SICHT

Es sieht schlecht aus für Dresdens freie Szene. Die Proberäume im Industriegelände sind zwar von den Flammen weitestgehend verschont geblieben, doch ist das Sterben von Freien und Kreativräumen weiter an der Tagesordnung. Die vom Oberbürgermeister nach dem Brand reichlich ausgeschenkten Zusicherungen tröpfeln schon jetzt ins Leere. Entschädigungen für beim Brand verlorenes Equipment werden auf den finanziell sowieso ausgelasteten SBR-Neustadt abgewälzt und die Suche nach neuen Objekten läuft euphemistisch ausgedrückt: schleppend. Neue Proberäume und Ateliers rücken in unabsehbarer Ferne, denn im Haushaltsentwurf 22/23 ist vonseiten der Stadt nicht mal das popelige Budget für deren Planung enthalten. Dadurch wird es noch etliche Jahre dauern, bis auch nur ein einziger Proberaum entsteht. Nun muss der Stadtrat ran. Denn in den hitzigen Debatten über die Ausgaben der nächsten Jahre darf der ein oder andere Extraeuro für die Subkultur nicht fehlen.

Charlotte Brock

Link zur Initiative:



ANWOHNERPARKEN WIE GEIL IST DAS?

Stadtrat Max Aschenbach (Die PARTEI) stellte im Stadtrat mehrfach die Frage: Parken wie geil ist das denn? Für viele Menschen, die ein Auto haben, ist das Glücksgefühl, das Gefährt endlich irgendwo abzustellen (nach Möglichkeit vor der eigenen Haustür) sehr groß. Denn in Dresden, wie in vielen anderen Großstädten, sind Parkplätze rar. Gleichzeitig ist die Klimabilanz von PKW bekanntlich äußerst schlecht. Hier könnten ausnahmsweise die Kräfte des Markts einen positiven Effekt haben: Verteuerung der Parkplätze bringt mehr Menschen dazu, ihr Auto weniger oft zu benutzen, oder gar komplett auf ein eigenes Auto zu verzichten. Ein Ansatz ist daher, das Parken zu verteuern. Wie das genau funktionieren soll, und warum die Stadt könnte, wenn sie wöllte steht im Antrag „Subventionierung öffentlicher Parkplätze beenden – Für eine Gleichbehandlung aller Mobilitätsformen sorgen!“, der einen kleinen Schritt in eine Stadt ohne Straßen voll abgestelltem Blech sein könnte.

Link zum Antrag:



DIE STADTRAETE DER DISSIDENTEN

- Max Aschenbach (37, Die PARTEI)**
 - Ausschuss für Kultur und Tourismus
 - Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung
 - Ausschuss für Sport
- Johannes Lichdi (58, Grüne)**
 - Ausschuss für Bildung
 - Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften
- Martin Schulte-Wissermann (48)**
 - Ausschuss für Umwelt- und Kommunalwirtschaft
 - Ausschuss für Wirtschaftsförderung
- Michael Schmelich (68, Grüne)**
 - Ausschuss für Finanzen
 - Ausschuss für Gesundheit
 - Ausschuss für Soziales und Wohnen
 - Ausschuss für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit